

Graphische Stimmen

Organ des

Zentral-Verbandes chriffl. Arbeiter u. Arbeiterinnen

für das graph. Gewerbe.

Anzeigenpreis:
die 10 Zeil. 20 Pfg.
Für Mitglieder u. in
Verbandsangelegen-
heiten 10 Pfg.
Für Postbezug:
Postamt
Köln-Chrenfeld.

14 Tage.
Abonnementpreis
1 Mark
vierteljährlich.
Für die Mitglieder
durch die
Zahlstellen gratis.

2. Jahrgang.
Nr. 3.

Redaktion und Verlag: Köln-Chrenfeld, Eichendorffstr. 70.

3. Febr. 1906.

Die bestehende Gesellschaft und die chriffl. Arbeiterbewegung.

Die Geschichte aller Jahrhunderte liefert uns den Beweis, daß überall da wo nur der reine Machtstandpunkt in Frage kam, ein beständiges Ringen von unten nach oben stattfand.

Unsere heutige bestehende Gesellschaft scheint noch nichts gelernt zu haben. Sie scheint noch gar nicht begreifen zu wollen, daß der Emanzipationskampf (der Kampf um die Gleichberechtigung) immer ernstere Dimensionen annimmt.

Ob nun die von Natur aus mit gleichen Rechten ausgestatteten, aber trotzdem so ungleich verschiedenen Massen den Einigungspunkt finden werden, wird wohl einzig davon abhängen, ob bei diesem Kampfe auch den verschiedenen Mächten das Pflichtgefühl zum Bewußtsein kommt. Auf der Generalversammlung des Vereines Arbeiterwohl in Bonn am 10. Januar 1906, war als Hauptverhandlungsgegenstand auf der Tagesordnung: Die Einordnung der neuzeitlichen Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft. Wohl noch niemals ist von hochgebildeten Kreisen eine deutlichere Anklage in unverblümter Form an unsere heutige moderne Gesellschaft gerichtet worden, als in Bonn.

Ungeachtet und klar ging aus den ganzen Verhandlungen hervor, daß, wenn von einer Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft die Rede sein soll, viele altüberlieferte Anschauungen hinweggeräumt werden müssen; so auch das Großhändlertribunalssystem, anstatt Gleichberechtigung. Ferner: Wohlwollen und Ansehen, statt Recht.

Unumwunden aber stand die allgemeine Auffassung fest, daß dieses Problem niemals durch Reaktionen und Revolutionäre ausgeführt werden könne, sondern nur durch Hochhaltung des christlichen Prinzips und soweit sich auch unverhohlen die chriffl. Arbeiterbewegung in Anwesenheit der so zahlreichen Gelehrten und Männer aller Stände gemeinsam mit den Vertretern der chriffl. Arbeiterschaft öffentliche Anerkennung. Im Referat des Herrn Dr. Adolf Weber, wurde auf die Gefahr für die Vernichtung des sozialen Fortschritts des letzten Menschenalters hingewiesen indem Reaktion und Revolution sich in die Hände arbeiten und dringend ein entschledenes Eintreten von der bestehenden Gesellschaft, für die Arbeiterbewegung gefordert.

Es wurde nachgewiesen, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiter, sowohl nach der materiellen als auch idealen, insbesondere aber nach der rechtlichen Seite innerhalb der bestehenden Gesellschaft befriedigt werden können. Als Beweis dafür bürgen uns die erheblichen sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, wodurch die Stützen der sozialdemokratischen Illusionen infolge dieser tatsächlichen Entwicklung in sich zusammengebrochen sind.

In Punkt 4 seiner Vorträge sagt Herr Dr. Weber: Das Ziel der Arbeiterbewegung — größere Anteilnahme an den Kulturwerten — kann nur verwirklicht werden, wenn eine arbeitsfreundliche Arbeiterschaft in Harmonie mit einem arbeitsfreundlichen Unternehmertum die heimischen Produktionskräfte nach Möglichkeit entfaltet; das Einkommen der Arbeiter kann dauernd nur gesteigert werden, wenn die Ergiebigkeit der nationalen Produktion zunimmt.

Ferner Punkt 5. Die gegebene und notwendige Form für die wirtschaftlich-rechtliche Einordnung der Arbeiter in die bestehende Gesellschaft sind die Arbeitervereine (Gewerkschaften). Ihnen sind rechtlich keine Hindernisse in den Weg zu legen, Verleihung der Rechtsfähigkeit ist dringend wünschenswert. Das, was die Gewerkschaften in sozialer Hinsicht leisten könnten, haben sie in Wirklichkeit bis jetzt nicht geleistet; in Deutschland sind dafür verantwortlich zu machen außer der Zersplitterung in die bekannten Gruppen, dem geringen Alter der meisten Organisationsleiter, der Eigenart des deutschen Nationalcharakters u. a. vor allem der sozialdemokratische Einfluß auf die gewerkschaftlichen Hauptgruppen. Dieser Einfluß bewirkt, daß in Deutschland der Streik in seiner Bedeutung für die dauernde Hebung des Arbeiterstandes erheblich überhöht wird.

Allgemein ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Arbeitervereine mit zunehmender Stärke — ähnlich wie die alten Zünfte — einseitige Klasseninteressen unter Vernachlässigung der sozialen Interessen vertreten und dadurch ihre eigene Existenz untergraben.

Arbeitskammern, Schlichtungscommissionen, Arbeiterausschüsse, insbesondere aber Tarifgemeinschaften können ihre große soziale Mission nur dann voll erfüllen, wenn sie durch eine starke, parteipolitisch und konfessionell unabhängige, von einsichtsvollen Führern geleitete Arbeiterorganisation geleitet werden.

Indem der Arbeiterstand sich in die bestehende Gesellschaft als ein den übrigen Ständen gleichwertiges Glied einordnet, wird er es begreifen, daß die entsprechend dem Wesen der Gesellschaft und der Natur des Menschen notwendige Verbesserung des Sozialprinzips mit dem Individualprinzip nur möglich ist in einem von chriffl. sozialen Ideen getragenen Staat, in welchem auch der Arbeiter sich stets vergegenwärtigen muß, daß er nicht nur soziale Rechte fordern darf, sondern auch große soziale Pflichten zu erfüllen hat. Die beste Schule für diese ideale Einordnung ist die auf erbliches Privatigentum gestützte Familie, in der das Bewußtsein gefördert wird, daß Religion und Vaterland keine inhaltslosen Phrasen sind.

Stärkung des Familienlebens ist zugleich auch das beste Mittel gegen die kulturgefährlichen Ideeneinrichtungen bei den Emanzipationsbestrebungen der Proletarie.

So sehr uns einerseits die Ausführungen des Herrn Dr. Weber befriedigen und ermutigen, so sind sie eben für uns nur ganz sachlich in Verbindung mit den Vorträgen des Herrn Dr. Pieper, indem uns die erstere Anteilnahme an den Kulturwerten ermöglicht wird auf dem Boden der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rechtsgleichheit mit den übrigen Ständen, insbesondere mit den Unternehmern.

Treffend sagt hier der Vertreter dieser Vorträge, Reichstagsabgeordneter Arbeiterssekretär Giesberts: „Es sei zu begrüßen, daß der heutige Verhandlungsgegenstand zur Erörterung stehe. Auf dem Gebiete der idealen Anerkennung der Arbeiterklasse haben wir Fortschritte gemacht; aber bis zur praktischen Durchführung sei noch ein weiter Weg.“

Recht hat Giesberts ferner, wenn er sagt: „Das Mittel des Streiks könne die Arbeiterschaft noch nicht entbehren.“

Gewiß erkennen wir den Streik als zweischneidiges Schwert, aber er ist eben manchmal unumgänglich; er ist nicht (nach unserer Auffassung) unter allen Umständen sittlich erlaubt und berechtigt, aber er ist ein berechtigtes Mittel der Selbsthilfe besonders gegenüber Brutalitäten.

Wir haben z. B. in allerneuester Zeit Fälle erlebt, wo man alle erdenklichen Versuche, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln, nicht nur zurückwies, sondern auch deren Forderung buchstäblich „zu Fenster hinauswarf“, ohne nur zu wissen, was die Arbeiter wollen.

Tröstend über derartige Rohheiten ist der Satz, den Herr Dr. Weber ausgesprochen:

„Entschieden zu verurteilen ist der Standpunkt der Unternehmer bezüglich des „Nichtverhandelns“.

Sowie er sollte aber auch der sozialpolitisch rückständigste Arbeitgeber gelernt haben, daß wir heute das Menscheninteresse unter allen Umständen über das Geschäftsinteresse stellen. Sie sollen begreifen, daß das gestülpte Wort, „wir wollen Herren in eigenen Hause sein“, ein bedauerlicher Anachronismus ist; schon deshalb, weil, wie ich schon gelegentlich andeutete, die Unternehmer von diesem Verrentum, auch ganz abgesehen von dem Einfluß der Arbeiterkoalition, doch recht viel verloren haben. Vor allem aber sollten sie sich endlich klar machen, daß gewisse Grundrechte, wie Koalitionsfreiheit und Freizügigkeit, dem modernen Menschen so in Fleisch und Blut übergegangen sind, daß man damit rechnen muß, wie mit der Lattache, daß der Arbeiter im Gegenfall zu der Maschine das Bedürfnis nach Speise und Trank empfindet. Wer sich diesen allgemein anerkannten Ideen entgegenstemmt, handelt töricht und gefährlich wie ein kleines eigenstümliches Kind, das mit dem Feuer spielen will.“

Als was kimmert sich da der Unternehmer, wenn man so denkt oder von ihm spricht.

Man hält den Arbeiter vielfach, ja meistens nur für ein einfältiges dummes Wesen, das man eben mit einigen Wohlthaten abpeifen aber sonst hüten und beschützen muß.

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der chriffl. Gewerkschaften, W. Schiffer, erklärte nach der Köln. Volksztg. u. a.:

Durch den heutigen Verhandlungsgegenstand erkenne man an, daß die Einordnung der Arbeiterbewegung in die Gesellschaft noch nicht erfolgt sei, daß der Arbeiterstand noch in einer Ausnahmestellung sich befinde, daß man ihn noch nicht gerade geworden sei. Der Referent sage, man dürfe nicht alles von der Gesetzgebung erwarten. Beweis nicht, aber man darf vieles von ihr erwarten, mehr, als sie geleistet hat. Die praktische Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes im wirtschaftlichen, sozialen und öffentlichen Leben ist das Ziel der chriffl. Gewerkschaftsbewegung. Davon seien wir noch weit entfernt; Beweis dafür sei das Fehlen eines ausreichenden Koalitionsrechts, der Anerkennung der Berufsvereine, der Arbeiterkammern und eines durch Festsetzung von Maximalarbeitszeiten geschaffenen Arbeiterschutzes. Je mehr soziales Verständnis und Entgegenkommen man dem Arbeiter zeige, um so mehr werde dieser auch seiner Pflichten sich erinnern. Man möge dem Arbeiter nicht Wohlthaten geben, von denen nicht zu viel zu halten sei, sondern sein gutes Recht.

Bittere Wahrheiten sagte auch Herr Justizrat Dr. Julius Bachem, wenn er u. a. ausführte bezügl. der These 5 des Referenten:

Die gegebene und notwendige Form für die wirtschaftlich-rechtliche Einordnung der Arbeiter in die bestehende Gesellschaft sind die Arbeitervereine (Gewerkschaften) hätten die politischen Parteien zum großen Teil verlagert. Referent mache „vor allem“ den sozialdemokratischen Einfluß auf die gewerkschaftlichen Hauptgruppen dafür verantwortlich, daß die Gewerkschaften in sozialer Hinsicht in Deutschland nicht geleistet hätten, was sie leisten könnten. Er müsse sagen: das gebe ihm zu weit. Vielleicht ebenso sehr habe dazu die Haltung anderer Parteien beigetragen. Die konservative Partei stehe im Grunde der ganzen Arbeiterbewegung, soweit sie auf berufsgenossenschaftliche Organisation gerichtet sei, ablehnend gegenüber, ebenso ein großer Teil der nationalliberalen Partei, derjenige, welcher der Führung der Großindustrie folge, und selbst innerhalb der Zentrumspartei gebe es noch immer Kreise, welche für die Berechtigung der berufsgenossenschaftlichen Organisation kein Verständnis und noch weniger Wohlwollen hätten. Die Sozialdemokratie habe sich der Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft zuerst und am nachtheilhaftesten angenommen. Es sei ganz natürlich, daß ihr dies auch parteipolitisch zugute gekommen sei usw.

Nicht um den Kampf gegen die Sozialdemokratie dreht sich der Konflikt im sozialen Leben, denn erstere ist ja nur die äußere Krankheits-

Ercheinung am sozialen Körper und sie bekämpfen heißt, wie Stegerwald treffend bemerkt, sie in ihrer Grundtendenz erst erkennen.

Wollen wir nun auf Grund vorstehender Ausführungen unserm Thema gerecht werden, so resumieren wir:

Die bestehende Gesellschaft ist noch weit davon entfernt, die Einordnung der Arbeiterklasse in sich vollziehen zu können, weil noch einestheils sehr veraltete und verknöcherte Grundsätze und Anschauungen vorherrschen, andernteils Theorie und Praxis noch ein himmelweiter Unterschied selbst in vielen sonst wohlwollenden Kreisen sind und sich oft vollständig widersprechen.

Eine Einordnung der Arbeiterklasse in die bestehende Gesellschaft, d. h. auch eine Ueberbrückung der großen Klaffensgenüge der heutigen Gesellschaft ist nur denkbar bei einer allgemeinen Anerkennung des christlichen Prinzips. Denn das Christentum gibt dem Einzelnen, was ihm gebührt und ebenso der Gesamtheit, es stellt auch dem Sozialpolitiker klare Ziele vor Augen. Diese Einordnung muß ferner unter kräftiger Mitwirkung der Arbeiterklasse geschehen. Deshalb muß auch den Organisationen der Arbeiter Bestand und Festigkeit, gegenseitige Duldung und Liebe innewohnen, denn ohne diesen belebenden Geist gegenseitiger Achtung und Liebe und selbstloser Hingabe ist eine Verständigung mit anderen unmöglich.

Die „Neutralität“ im deutschen Buchdrucker-Verband.

In der Veröffentlichung unter obiger Ueberschrift in der vorigen Nummer geht uns nach folgendes zu:

Das einzelne Ortsvereine des Verbandes anscheinend keinen Begriff von dem seitens des Zentralvorstandes zwar noch in der Öffentlichkeit aufrecht erhaltenen Neutralitätsstandpunkt haben, konnten vor kurzem einige Kollegen in der Pfalz erfahren. Dieselben waren Mitglieder eines dort bestehenden katholischen Arbeitervereins und beteiligten sich als intelligente Arbeiter an den Bestrebungen des Vereins. Es ist dies ja auch ganz selbstverständlich, denn unsere Zeit erfordert, daß sich jeder in den Dienst der Arbeitersache stellt, der aben die Zeichen der Zeit versteht. Natürlich geht dies auch dem Mitgliede des B. V. nicht. Statt sich jeder andern Organisation gegenüber wirklich „neutral“ zu verhalten, wie in der § 4 des Verbandsstatuts die Neutralität festlegt, kann man sich nicht genug leisten in der Verunglimpfung Andersdenkender. Die eben erwähnten Mitglieder des katholischen Arbeitervereins wurden seitens des Ortsvereins aufgefordert, ihre Mitgliedschaft des Arbeitervereins anzugeben. Da diesem nicht Folge gegeben wurde, wurden sie seitens des Ortsvereins vom Verbandsausgelschlossen. Wapentlich ein deutsches Beispiel der „Neutralität“. Ein solches passierte einem Mitgliede des katholischen Arbeitervereins in a. b. Ruhr.

Es wäre doch wünschelich an der Zeit, daß diejenigen Kollegen, welche auf dem Standpunkte der christlichen Weltanschauung stehen, einmal prüften, wie es in Punkte „Neutralität“ in den einzelnen Ortsvereinen gehalten wird. Es soll durchaus nicht verkannt werden, daß in manchen Ortsvereinen des Buchdruckerverbandes die Neutralität noch die oberste Richtschnur ist, aber andererseits mehren sich die Fälle in sehr auffälliger Weise, wo ein christlich denkender Kollege nicht als vollwertiges Verbandsmitglied betrachtet wird; daß man sich bei seinen hohen Beiträgen auch noch in feiner Ueberzeugung angreifen lassen muß, dies ist doch wirklich der größte Schand auf das Prinzip der „Neutralität“.

Wieder hat man sogar in den katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen die Angehörigen des Buchdruckerberufes darauf hingewiesen, daß sie gewerkschaftlich dem Verbands angehören sollten, der ja — was durchaus nicht verhängen werden soll — die beste Organisation bestehe und für jede politische wie religiöse Richtung Raum biete, da in demselben das Neutralitätsprinzip festliege. Man kann wohl bald sagen: das Neutralitätsprinzip „war einmal“.

Es drängt sich hier unwillkürlich die Frage auf: Wie stellt sich denn die Leitung des Verbandes zu diesen Auswüchsen in den Ortsvereinen? Es ist ja bekannt, daß der jetzige Vorsitzende des Zentralvorstandes des Verbandes deutscher Buchdrucker, Böhm, auch zugleich Verbandsmitglied des Zentral-Kartells der „freien“ Gewerkschaften ist. Eckharts Böhm hat doch bei Gelegenheit des Gewerkschaftskongresses in Wien im Mai 1906 in einer harsch abgehaltener Versammlung des Ortsvereins Wien: „Wir sind dem „freien“ Gewerkschaftskartell angeschlossen und haben uns danach zu richten“. Des ferneren erklärte der Gewerkschafter von Rheinland-Westfalen, Grafmann-Essen, ebenfalls in einer Versammlung zu Wien: „Man müsse jeden erst auf Herz und Nieren prüfen, ehe man ihn in den Verband aufnehme!“ — Ich glaube diese Stichproben genügen, um zu zeigen, wie man auch an leitender Stelle über die „Neutralität“ denkt.

Da ja nun in den katholischen Arbeitervereinen kein Platz für „Genossen“ ist, weil dort der Arbeiter aufgefahrt wird über die gemeingefährlichen unchristlichen Ziele der Sozialdemokratie, so ist den „Zielbewußten“ nichts ungelegener, als wenn Angehörige eines neutral sein sollenden Verbandes Mitglieder eines katholischen

Arbeitervereins sind. Nichts läßt man unversucht — man geht sogar mit dem Ausschluß aus dem Verbands vor — die christlichen Mitglieder von diesen Vereinen loszureißen, weil man sie dann leichter zu den sozialdemokratischen Zwecken zu gewinnen hofft.

Christlich denkende Kollegen, die Augen auf! Neben diese Vorgänge nicht eine ernste Sprache? Wollt ihr euch für euer gutes Gewiss auch noch obendrein verhöhnen lassen wegen eurer religiösen und politischen Ueberzeugung? Der Gedanke, daß, wenn es so weiter geht im „neutralen“ Buchdruckerverband, dafür gesorgt werden muß, daß wir uns einer anderen Organisation anschließen, wo man unsere Ueberzeugung achtet und respektiert, ist der Beachtung wert. Der christliche Graphische Verband bietet Gewähr für wahre Neutralität — ob Katholik oder Protestant, ganz gleich, nur keine sozialdemokratischen Tendenzen finden dort Platz. Dort ist der Platz, mitzuarbeiten an der Besserung der Lage der Arbeiter auf christl. Grundlage. Sch.-C.

Zur Einführung eines allgemeinen Tarifes für das Steindruckgewerbe.

Als wir unlängst so plötzlich überrascht wurden von der Verkündung eines allgemeinen Tarifes für das Steindruckgewerbe hatten wir nicht lange Zeit zur Diskussion. Wir forderten deshalb unsere Mitglieder auf, sich an der Wahl zu beteiligen; wir taten dies weil wir als christl. Gewerkschaft prinzipiell auf den Boden der Tarifgemeinschaften stehen. Aber auch noch insofern ist es für uns äußerst wichtig, damit nicht wir event. der Teilnahmslosigkeit beschuldigt und schließlich ein Monstrum a la Chemigraphen konstruiert wird, wo man einfach jeden Kollegen zwingt sich der sozialdemokratischen Organisation anzuschließen.

So sehr wir es nun begrüßen würden wenn im Steindruckgewerbe ein einheitl. Tarif zustande käme, so können wir uns doch bzgl. der Art und Weise wie die Sache jetzt gemacht werden soll nicht begeistern.

Nach viel zu lebendig schwebt uns die Erinnerung an die Nürnberger Tarifbewegung vor. Damals hatte es allen Anschein als ob man seitens des Verbandes der Lithographen und Steindrucker die Sache ernst nehme mit der Tarifbewegung, allein man verstand es nun wieder die Sache durch äußerst gesäufte — Streiche — in entscheidenden Momente zu Fall zu bringen. Jedem tiefher denkenden Kollegen muß es auffallen, wenn er die damalige Stellungnahme des Senefelder-Bundes sowie der vereinigten Prinzipale mit der heutigen Situation vergleicht.

In einer Zuschrift der Nürnberger Herren Prinzipale hieß es damals u. A. bezüglich der Forderung des Minimallohnes:

„Sie fordern ferner 25 Mk. Minimallohn. Das können wir nicht zugeben aus Gründen der Selbsterhaltung und der Humanität für Ihre eigenen Kollegen. Abgesehen davon daß der Durchschnittslohn in unseren Betrieben, und daß ich nichtig, für Lithographen sowohl als Steindrucker höher ist als 25 Mk., so erscheint diese Forderung geradezu übertrieben gegenüber ihrer schwächer veranlagten Kollegen. Nicht jeder ihrer Kollegen ist gleich befähigt und geschult, es gibt viele, leider recht viele unter diesen, welche als ganz untergeordnete Kräfte bezeichnet werden müssen. Das können sie nicht leugnen, es ist Tatsache. Wollen sie nun diese auf's Pfaher merken? Wollen denselben die Möglichkeit entziehen, nach ihren schwachen Kräften zu verdienen? Oder wollen sie bewirken, daß diese Leute in die billig und schlecht arbeitenden Werkstätten getrieben werden und dadurch erst recht eine Schädigung der ganzen Branche eintritt? Sie wollen das nicht, wir sind es überzeugt und können dem zur Folge nicht begreifen, warum sie deswegen unser seitheriges angenehmes und zufriedenstellendes gegenseitiges Arbeitsverhältnis nunmehr in einer Weise stören wollen, deren verachtliche Tragweite kaum übersehen werden kann. „Unserer Branche verträgt eben keinen Tarif.“

Wir wollen nicht Kritik üben an dieser damaligen Zuschrift, aber wenn man damals mit solcher Bestimmtheit von der Unmöglichkeit eines Tarifes für den Nürnberger Bezirk sprach, wenn man unmöglich einen 25 Mk. Min. genehmigen konnte, dort, wo schon der Durchschnittslohn über 25 Mk. beträgt. Die soll, um nur den einen Punkt zu erwähnen, dann über ganz Deutschland ein Minimallohn von 25 und für Ausgelernte 21 Mk., jetzt zustande kommen wo in einzelnen Bezirken kaum ein Durchschnittslohn von 18 Mk. und teilweise Löhne von 10, 11, 12, 13 Mk. noch häufig bestehen. Zudem fordert nach der graph. Presse die Berliner Kollegenschaft (einstimmig) einen Minimallohn von 27 Mk. und einen Lohn für Ausgelernte von 24 Mk. Wie diese beiden Organisationen sich einigen, dürfte wohl interessant werden.

Wenn die „Manden wir gericht allgemeine nicht der Senefelder dies liegt nicht an Schwäche der Prin, die Allgemeinheit zu öffentlicher Wahlen ein. Befreundend hat auc. Vertreter von den Gehilfen nächst ist dabei zu berücksicht. Vorstandsmitglieder mit beratend werden.“

So erklären wir: Es ist w. Annahmung des Senefelder-Bundes, wenn i. noch von Befreunden spricht weil man die Wah. öffentlich ausschließt.

Und wenn wir bestimmen, daß es befreundend gewirkt hat vielerorts, daß nur 9 Vertreter von den Gehilfen zu wählen sind, so fügen wir noch hinzu, daß es sogar Aufsehen erregt hat, daß man speziell noch zwei Vorstandsmitglieder des Senefelder-Bundes beigezogen hat, ohne irgendwie andere Organisationen zu berücksichtigen.

Die Sonderstellung der Lithographen ist uns daher sehr begreiflich. Doch hoffen wir daß unsere Herren Prinzipale so viel Gerechtigkeitsfium besitzen, uns nicht etwa eine Art Chemigraphen-Tarif zu konstruieren. Wenn auch bis zur Einführung des Tarifes noch ein weiter Weg sein wird, so werden wir doch nicht verfehlen, dementsprechend Vorbereitungen zu treffen, um an Orten wo man auf uns angewiesen ist, auch unsererseits unsere Ansprüche geltend zu machen.

Die Sonderstellung der Lithographen ist uns daher sehr begreiflich. Doch hoffen wir daß unsere Herren Prinzipale so viel Gerechtigkeitsfium besitzen, uns nicht etwa eine Art Chemigraphen-Tarif zu konstruieren. Wenn auch bis zur Einführung des Tarifes noch ein weiter Weg sein wird, so werden wir doch nicht verfehlen, dementsprechend Vorbereitungen zu treffen, um an Orten wo man auf uns angewiesen ist, auch unsererseits unsere Ansprüche geltend zu machen.

Rundschau.

Unfall. In der Papierfabrik in Guy, Belgien, geriet der 56 Jahre alte Arbeiter Nestor Wuyard mit seiner Bluse zwischen Rienen und Rienstabele und wurde tot gedrückt.

Gewerbegerichtliches. Ein Steindrucker wurde von einer Stuttgarter Firma ohne Mühseligkeit entlassen, weil er einem Kollegen gegenüber mit Bezug auf ein Bild die Neuerung genau hatte, „dieses Bild sei in der gleichen Schandbunde gemacht, wie die betreffende eine sei“, in der beide konditionierten. Trotzdem der Steindrucker den Anspruch leugnete, wurde er mit seiner Geschäftsauslage vom Gewerbegerichte abgewiesen.

Die Leipziger Privatlithographen berieten in einer Versammlung über die Lage ihres Gewerbes, das als nicht sonderlich günstig bezeichnet wurde. Schuld hieran tragen die erheblichen Preisrückgänge der Lithographischen Erzeugnisse und das Kalkulationswesen. All dies habe eine Schmutzkonkurrenz beigetragen, von der die Privatlithographen besonders getroffen würden. Es wurde daher beschloffen, eine freie Vereinigung der Privatlithographen Leipzigs ins Leben zu rufen. Wegen Aufgabe soll es sein, die Erzielung einheitlicher Preise anzustreben und die übergroße Verkräftigungsstärke zu bekämpfen.

Politik und freie Gewerkschaftspressen. Das offizielle Organ des „freien“ Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Der Grundstein, hat mit seinem letzten Jahrgang eine sogenannte politische Umschau eingerichtet, die die Vorgänge der Tages- und Wirtschaftspolitik den Lesern natürlich in wachsender sozialdemokratischer Jubelstimmung serviert. Selbstverständlich hat der Grundstein mit diesem Vorgehen den Befehl der sozialdemokratischen Tagespresse geneckt, vor allem der Leipziger Volkszeitung, die in demselben ein Mittel erblickt, die „Einseitigkeit“, in der „freie“ Gewerkschaftsblätter befangen seien, zu beseitigen. Auf eine Mahnung zur Nachahmung seitens des genannten Leipziger sozialdemokratischen Blattes antwortet nun die sozialdemokratische Metallarbeiter-Zeitung (Nr. 3):

„Ob es für den Grundstein notwendig war, diese Rubrik einzuführen, haben wir nicht zu unteruchen. Wir wollen aber nicht unterlassen, zu bemerken, daß wir diesem Beispiel nicht folgen werden. Wir werden, wie bisher, politische Angelegenheiten nur soweit berühren, wie es uns notwendig erscheint. Wir hatten daran fest, daß politische Aufklärung in erster Linie Aufgabe der politischen Presse auf Grund der Parteiorganisation ist und haben freis darauf hingewirkt, daß unsere Kollegen und Leser Abonnenten der sozialdemokratischen Blätter und Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine werden. Es würden aber sicher nicht so viele Kollegen die Parteipresse abonnieren und lesen, wenn wir uns auch regelmäßig und ausführlich mit politischen Angelegenheiten befassen wollten. Demzufolge wollen wir aber, daß die sozialdemokratische Presse gegen etwas mehr für prinzipielle, sozialistische Aufklärung tun könnte, als namentlich in der letzten Zeit geschehen ist. Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaftspressen, ihr diese Arbeit ganz abzunehmen.“

Somit geht also das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in seiner Uebere zu sozialdemokratischen Partei, daß es jeden Unfug sorgfältig vermeidet, welcher der sozialdemokratischen Tagespresse Konkurrenz machen könnte. Daran ändert die Neuerung an die letztere, etwas mehr für prinzipielle, sozialistische Mahnung zu sorgen, nicht das mindeste, beweist vielmehr, wie sehr der Metallarbeiterverband um die Erzielung seiner Mitglieder zu prinzipienfesten „Genossen“ besorgt ist.

Stellungnahme der Leipziger Steindrucker- und Lithographen-Gehilfen zu der geplanten Tariforganisation. Eine Versammlung der Leipziger

...sichtigte sich mit
...iger angeregter
...tlichen Tarif-
...gen seitens der
...stündliche Arbeits-
...in Steindruck (bei
...in Windstlohn
...Gehilfenfrage festgelegt
...drucker ist zu beilegen
...e nicht weiter ausgebaut
...tierter Lohn ist festzulegen
...ng sprach sich für eine all-
...nd gültige Tarif-Organisation
...e Resolution Annahme dahin-
...ünftige Resultate bei den Tarifver-
...schieft würden, später wieder die Einzel-
...gegriff werden sollen.

**Die Forderungen der Beschäftigten in
der Chemigraphen-Verwaltung der Firma Sappelt
und Wiesele in Leipzig** wurden durch Ver-
mittlung Stiller aus Berlin mit der Versicherung
zurückgezogen, daß das Tarifamt diese Sache am 4. Januar
in Berlin regeln wolle. — Die Tarifbewegung der Dres-
dener Photographengehilfen ist nunmehr mit Erfolg für
die Gehilfenfrage abgeschlossen. 20 Firmen, die insgesamt
123 Gehilfen beschäftigen, haben den Tarif unterschrieben;
vier Meistern mit neun Gehilfen haben den Tarif wohl
ihrem Vornamen und Arbeitsverhältnis zugrunde gelegt, sich
aber geweigert, mit der „sozialdemokratischen“ Organisation
einen Beitrag abzuschließen, während nur sieben Firmen
mit zehn Gehilfen die Forderungen noch nicht bewilligten.

**In Sachen des allgemeinen Lohntarifs der
Steindruckler** erläßt der Vorsitzende des Leipziger
Gewerbevereins, das in dieser Angelegenheit als Ein-
gangsamt fungieren wird, ein „Leipziger Tageblatt“
eine Bekanntmachung, in der es heißt:

Indem das unterzeichnete Gewerbegericht diesem
Ansuchen entspricht, richtet es an sämtliche Besitzer litho-
graphischer Anstalten und Steindruckereien Deutschlands
und die bei diesen beschäftigten Lithographen- und
Steindruckergehilfen das Ersuchen, bis zum 31. Januar
1906 die Wahl von neun Prinzipalvertretern und neun
Gehilfenvertretern zu den Verhandlungen des Tarif-
ausschusses und von ebenfalls neun Stellvertretern
vorzunehmen.

Die Wahlberechtigung ganz Deutschlands wird in neun
Kreise eingeteilt, die mit den neun Kreisen des Vereins
Deutscher Steindruckereibesitzer zusammenfallen.

Für jeden Wahlkreis ist je ein Prinzipal- und ein
Gehilfenvertreter, sowie je ein Stellvertreter für dieselben
in den Tarifausschuß zu wählen. Die Gewählten
müssen sämtlich innerhalb ihrer Kreise wohnhaft sein.

Die Wahl ist unmittelbar und geheim und hat für
Prinzipale und für Gehilfen in getrennten Wahlgängen
zu erfolgen. Wahlberechtigt sind alle Besitzer litho-
graphischer Anstalten und Steindruckereien, sowie deren
handelsgerichtlich bevollmächtigte Vertreter — wobei
eine jede Firma nur eine Stimme hat — und alle in
Deutschland in Arbeit stehenden Lithographen und
Steindruckergehilfen. Wähler sind alle Besitzer litho-
graphischer Anstalten und Steindruckereien, sowie deren
handelsgerichtlich bevollmächtigte Vertreter und alle
in Deutschland aufhältlichen Lithographen und Stein-
druckergehilfen.

Die Stimmzettel müssen außer der Angabe des
Namens und des Wohnortes des zu wählenden Ver-
treters, sowie dessen Stellvertreters, die Bezeichnung des
Kreises und bei den Gehilfen auch der Firma enthalten,
bei der der betreffende Wähler beschäftigt ist.

Wahlzettel, bei denen die Ortsbezeichnung fehlt,
oder solche, bei denen die Firma nicht angegeben ist,
sind ungültig.

Mit Vordruck versehenen Formulare zu den Wahl-
zetteln wird das Gewerbegericht in der erforderlichen
Anzahl an sämtliche lithographische Anstalten und
Steindruckereien Deutschlands bis zum 20. Januar ab-
senden. Die Prinzipale werden ersucht, die Stimmzettel
ihren Gehilfen auszuhandigen, soweit angänglich unter
Zugabe der Gehilfenvertrauensmänner. Die letzteren
haben mit darüber zu wachen, daß nur wirklich Wahl-
berechtigte die Wahl ausüben. Prinzipale und Gehilfen,
die durch irgend einen Umstand nicht rechtzeitig in den
Besitz der Stimmzettel gelangen sollten, haben solche
bei dem unterzeichneten Gewerbegericht zu verlangen.

Die ausgefüllten Stimmzettel sind bei genanntem
Gewerbegericht (neues Rathaus, Erdgeschoss, Zimmer 140)
bis spätestens am 31. Januar 1906 einzureichen. Die
Einkerbung kann seitens der Gehilfen einer Firma in
einem gemeinsamen Ruver erfolgen. Nur diejenigen
Stimmzettel werden berücksichtigt, die bis zu diesem
Tage bei dem Einigungsamte eingegangen sind.

Für die Wahl entscheidet bei Prinzipalen und Ge-
hilfen einfache Stimmenmehrheit oder in einem Wahl-
kreis abgegebene Stimmen. Bei Stimmgleichheit
entscheidet das von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts
zu Leipzig oder dessen Stellvertreter zu ziehende Los.

Die für den zu vereinbarenden Tarif zu stellenden
Anträge sind seitens der Prinzipale und seitens der
Gehilfen spätestens am 10. Februar 1906 bei dem unter-
zeichneten Gewerbegericht einzureichen.

Der Tarif-Ausschuß tritt am 15. Februar 1906 zur
Beratung über den Tarif in Leipzig zusammen.

Die Buchdrucker in Werau haben ihren Streik er-
folgreich beendet, die Buchdrucker in Bern auf gütlichem
Wege eine Teuerungszulage erlangt.

**Ergebnis über die Tarifbewegung der Buch-
binder, Buchsticker und Kartonagenarbeiter
und Arbeiterinnen der Stadt Wachen.** Durch die
sehr schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche in
der Buchbinderbranche herrschen, sahen sich die beiden Ver-
bände veranlaßt, hier endlich einmal Remedur zu schaffen.
Deshalb wurde von beiden Verbänden ein Tarif aus-
gearbeitet und am 25. Nov. 1905 35 Prinzipale zu-

gestellt. Von diesen hatten sich 15 Firmen bereit erklärt,
mit den Gehilfen zu verhandeln. Die Prinzipale sowie
die Gehilfen waren durch eine Tarifkommission von je
4 Mitgliedern vertreten. Nach 2 Sitzungen wurde der
Tarif mit einigen Änderungen angenommen. (Der
Vorlaut des abgeschlossenen Tarifes hat schon in der
ersten Nummer unseres Organs gestanden.) In den
Kommissionsitzungen wurde von Seiten der Prinzipale
lebhafte Klage geführt, über eine gewisse Firma (K.) in
W.-Stadbach und verschiedenen Orten, welche in Preis-
drücker herovertragendes leisteten. Dieses ist wohl auf
die ungerichteten Verhältnisse zurückzuführen. Zu den
15 Firmen sind noch 5 größere und kleinere Firmen hin-
zugezogen, die ebenfalls den Tarif anerkannt haben.

Von dem Tarifausschuß wurden die Vertreter der
Organisationen beauftragt bei denjenigen Firmen vor-
stellig zu werden, welche den Tarif noch nicht
unterschrieben hatten. Der Ausschuß der Prinzipale hatte
zuerst nochmals ein Rundschreiben erlassen, um auch die
rückständigen Firmen zu bewegen den Tarif anzuerkennen.
Wenn man es versteht, daß die Prinzipale ein Interesse
daran haben, etwas einseitiges zu schaffen, zum Wohle
des ganzen Berufes, so kann man es nicht verstehen, wie
sich noch Meister dagegen streuben einen Tarif abzu-
schließen, der doch von bedeutenden und anhängigen
Firmen schon lange abgeschlossen ist. Eine dieser Firmen
(Lonar) geriet ganz außer sich, als die Verbandsvertreter
(Kochberger und Grodthof) sich vorstellten und im Auftrage
der Tarifkommission die Firma bitten, den Tarif ebenfalls
anzuerkennen.

Dieser Herr Lonar, Mitglied der Prüfungskommission
der hiesigen Handwerkerkammer, scheint 100 Jahre zu spät
auf der Welt erschienen zu sein, indem er auf die Groß-
betriebe mächtig schimpfte und das patriarchale Verhältnis
zu den Gehilfen gänzlich geküßt wissen will, es sind
keine Gehilfen und bezahlt nach Leistung! —
Dabei sind Mindestlöhne 13—21 Mk. im Tarif vor-
gesehen. Die andere Firma A. Ullrich schien in dieselbe
Herbe einzuhauen und sprang wie von einer Ratter ge-
stoßen hin und her, ich bewillige keinen Tarif,
ich bezahle, wie ich will, wenn das nicht paßt, der
Lohn geht! Das ist der „freie Arbeitsvertrag“, wie er
in Gesetzsparaphrasen ausgedrückt ist. Die beiden Firmen
sind von beiden Verbänden gesperrt. Lonar und A. Ullrich.

Im großen und ganzen ist der Erfolg nicht zu ver-
kennen, wenn man die früheren Verhältnisse vor dem
Tarif in Betracht zieht. Im ganzen haben 45 Mitglieder
unseres Verbandes bedeutende Verbesserungen ihrer Lohn-
und Arbeitsbedingungen erreicht. Jetzt heißt es treu und
fest zusammenhalten, damit das Erungene nicht verloren
geht. — G. R.

Aus den Zahlstellen.

In **Stettin** und **Donaumarkt** wurden neue
Zahlstellen errichtet. Den neuen Mitgliedern ein herz-
liches Willkommen. Im neuen Jahre mit neuem Mut
Der Zentral-Vorstand.

Zahlstelle München. Am Dienstag, 16. Jan.
war unsere Generalversammlung. Der abgelegte Kas-
senbericht wurde mit großer Zuhörbarkeit aufgenommen.
Erstens weil die Beitragsleistung in der großen Mehrzahl
pünktlich erfolgt ist, weil der Kassierer mit so großem
Fleiß seines Amtes gewaltet hat und zweitens, weil
schon eine beträchtliche Summe an Unterstützung aus-
bezahlt werden konnte, ohne die Beitragskassen in Anspruch
zu nehmen.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden ging hervor, daß
dieses Jahr 21 ordentliche, 4 Quartals- und eine öffent-
liche Versammlung stattfanden, ebenso 8 Ausschüß-
sitzungen, 4 Besprechungen, verschiedene Sonderkongresse
und 4 geistliche Zusammenkünfte. Die Mitgliederzahl hat
sich dieses Jahr vergrößert.

Die Buchbinder sind jetzt am stärksten vertreten, dann
folgen die Kupferdrucker, Farbendrecker usw.

Abgereist sind 1906 fünf Mitglieder, 4 sind aus-
getreten, 4 ausgeschlossen und 2 beim Militär.
An schriftlichen Arbeiten wurden im abgelaufenen
Jahr erledigt: 43 Briefe, 117 Postkarten und 350 Kreuz-
bänder. Gleich Anfangs 1906 hatte sich unsere Zahlstelle
gegen die Absicht des sog. Verbandes, unter dem Deck-
mantel der Neutralität die hiesigen Kupferdrucker zu
fassen, energisch zu wehren. Das geschah in vollendetester
Weise und der moralische Sieg ist und bleibt unser!

An Ostern besetzte unsere Zahlstelle den bayerischen
christlichen Gewerkschaftskongress durch einen Delegierten.
Am 9. Mai wurde von uns Stellung genommen gegen die
Verschmelzung der Gewerkschaften mit dem
sog. Verband der Lithographen und Steindruckere. Das
Protokoll schreiben selbst, welches an den Kongress zu Berlin
(Pflanzgarten) gesandt wurde, war in unserem Organ Nr. 2
veröffentlicht.

Gegen den berüchtigt gewordenen Chemigraphentarif
wurde ebenfalls Front gemacht. Eine ausgearbeitete
Information wird wohl nach Durchgehung verschiedener
Instanzen bald an das Parlament gelangen, damit die
breiteste Öffentlichkeit Einblick in das verwegene Treiben
der sog. Gewerkschaft erhält. Bei der Gewerbegebiets-
wahl im Dezember vergangenen Jahres waren nahezu
alle unsere Mitglieder mit liberalerem Fleiß tätig.
Der Versammlungsbefehl war dieses Jahr ein sehr guter.
Der Vorsitzende brachte dies in Dankesworten zum Aus-
druck und bittet diese so schöne Zusammengehörigkeit mit
gegenseitigem Vertrauen fester und höher zu halten. Der
Wahlgang ging flott von staten und hatte folgendes
Resultat: 1. Vorsitzender Wächter, 2. Vorsitzender Weh-
kassierer Schmiedeke, Schriftführer Adamet und Beisitzer
Kregmann. Vertrauensmänner sind die Herren: Colner,
Wärter, Adamet und Wegberger. Als Delegierter zum
Distriktsrat wurde G. Brütting ernannt.

Um ein intensiveres Eingreifen der einzelnen Berufs-
arten in die allgemeine Bewegung zu ermöglichen, so-
wie die speziellen Berufsinteressen voll und ganz zum
Ausdruck bringen zu können, wurde beschlossen, daß pro
Quartal eine Sonderkongress der einzelnen Gruppen wie
Kupferdrucker, Farbendrecker und Buchbinder stattfinden.
Tag, Zeit und Lokal haben je nach Bedarf die betreffen-
den Kollegen selbst zu bestimmen. Ebenso wurde zum
Beschluss erhoben, daß alle Vierteljahr ein Vortrag von
einem fremden Redner gehalten werden muß, unser
bisheriges Standquartier wird so klein. Wir müssen uns
deshalb um ein geeignetes Lokal in aller Eile umsehen.

Die Agitation nach außen hat leider wenig Erfolg
gebracht. Regensburg wäre ein sehr günstiger Boden, da
die Firma Pustet eine ziemlich Anzahl Berufskollegen
beschäftigt. Leider war trotz Handschlag und Versprechen
der Regensburger Kollegen alle Versuche vergebens.

Es wurden die Führer aus dem Kaufmanns, Wirt-
schafts- und Ausgubergangskreis bis jetzt ohne positive
Resultat. In Bayern ist es gerade in den kleinen Städten
ungemein schwierig die Kollegen aus dem Schlummer zu
wecken.

Wir brauchen keine Organisation! — Das ist die
alte Antwort. Wenn dann die sog. Gewerkschaft rückwärts-
los eindringt, dann ist's zu spät!

Diese Ausgeglichenheit ist der christlichen Gewerkschaft
in Bayern ein unberechenbarer Schaden, an dem aber
nicht nur die Arbeiter selbst, sondern auch andere Herren
sehr viel Schuld tragen! (Sehr richtig!) Im neuen
Jahr scheint es besser zu werden, Donaumarkt ist ge-
wonnen. Bravo.)

Die Münchener Kollegen werden wie bisher vorwärts
streben und um Anerkennung ringen. Wurde doch unsern
Kollegen, — natürlich aus Bruderliebe — gedroht, weil
sie christlich organisiert sind, ums Brot zu bringen! Hoffent-
lich kommt bald die Zeit, und dies hängt von unserer
Ausdauer ab, wo das Unheil des Bundeschlusses erkannt
und die moderne Arbeiterbewegung verurteilt wird. Das
dies nach den Verhältnissen nicht mehr lange dauern
kann, das ist unser Vertrauen, das uns aufrecht erhält.
Vorwärts die christliche Gewerkschaft, Vorwärts unser
Verband!

Freiburg i. Br. Die am 13. Januar abgehaltene
Generalversammlung erstente sich eines guten Besuchs.
Der Vorsitzende Kollege selber gab einen sehr klaren Be-
richt über das abgelaufene Jahr, indem wir vollstän-
dig zufrieden sein können mit unsern Erfolgen; wenn wir auch
nicht alles erreicht haben, was wir erreichen sollten, nam-
entlich in Bezug auf die Jubiliferanten. Unsere Zahl-
stelle hat von Quartal zu Quartal an Mitgliederzahl
zugenommen, so sind wir vom 1. Januar 1905, wo wir
einen Mitgliederbestand von 42 hatten, auf 68 gestiegen
und haben im 1. Quartal schon wieder 2 Neuaufnahmen
tatsächlich im 1. Quartal schon wieder 20 erreicht haben. Im
verflohenen Jahr haben 18 Mitgliederzusammenschlüsse
stattgefunden, 11 mit Beiträgen, ferner eine große öffent-
liche und 4 Mitgliederzusammenschlüsse gemeinsam mit den
Freien betreffs Lohnbewegung, auf die nachher näher ein-
gegangen wird. Mit dem Wunsch, die Zahlstelle möge
in diesem Jahre ebenso blühen und wachsen, und mit
einem kräftigen Appell an alle Kollegen, die Mitglieder-
versammlungen regelmäßig und pünktlich zu besuchen und
in der Agitation nicht zu erlahmen, damit wir dieses Jahr
erreichen, was uns im letzten aus Rücksichtigkeit ver-
weigert wurde, kam er zum Schluß seiner Ausführungen.
In ebenso gelassener Weise wurde von unserm Kassierer,
Kollege Kestler, der Rechenschaftsbericht gegeben, mit dem
wir auch zufrieden sein können da die Kassa in diesem
Quartal einen Bestand von 176 61 Mk. aufzuweisen hat.
An Unterstützungen wurden an 3 Kollegen während der
Lohnbewegung 73 Mk. an Maßregelunterstützung ausbe-
zahlt. Hierauf wurde die Neuwahl des Gesamtvorstandes
vorgenommen. Auf zurechen einiger Kollegen konnte man
den bisherigen 1. Vorsitzenden dazu bewegen, eine Wieder-
wahl anzunehmen, da er wegen anderweitiger Beschäftigung
das Amt nicht mehr annehmen wollte. Er wurde dann
auch fast einstimmig wiedergewählt. Der 2. Vorsitzende,
Kollege Beer, ebenso der Kassierer, Kollege Kestler, welchen
wir hier nochmals den warmsten Dank aussprechen und
wir sie nur ungern schieben sehen aus dem Vorstand,
nahmen eine Wiederwahl nicht mehr an und an ihre
Stelle wurden gewählt die Kollegen Kofz und Jöble. Als
Schriftführer fungiert wieder Kollege Bachmann und als
Beisitzer und zugleich Bibliothekar Kollege Schnee. Es
sanden dann noch einige Anträge von Seiten der Mit-
glieder ihre Erledigung und um 1/2 12 Uhr wurde die gut
verlaufene Generalversammlung geschlossen. — Nun noch
kurz auf die im Spätjahr gemeinsam mit den Freien ge-
führte Lohnbewegung. Wir, die Christlichen haben den
Ansporn zu dieser Bewegung gegeben und darauf können
wir stolz sein. Lange hatte es gedauert, bis wir mit den
Freien Hand in Hand arbeiten konnten, doch darauf wollen
wir nicht zurückkommen, sondern gleich mit der eigentlichen
Bewegung beginnen. Wir hatten mit 4 Faktoren zu
rechnen und zwar: 1. mit der freien Buchbinderinnung,
2. mit dem „Deutschen Buchdrucker-Verein“ Bezirk Frei-
burg i. B., 3. mit der Groß-Firma Herder und 4. mit
dem schlimmsten, den Jubiliferanten. Mit dem ersten
Faktor den „Herren Innungsmeister“ sind wir heute so
weit wie vor einem Vierteljahr. Es ist dies ja alles nur
auf die soziale Rücksichtigkeit dieser „Herren“, die das
Bücher in der Hand haben, zurückzuführen. Hier möchte
ich einige Beispiele anführen: Von einem ihrer Haupt-
helden, der für die Mittelstandspolitik schwärmt, wurden
den Gesellen die Warenhäuser empfohlen; die 4 Buch-
druckereien, die Buchbinder beschäftigen und einen Tarif
mit uns abgeschlossen, wurden von der Innung ausge-
schlossen; ein geistlicher Herr bekam einen anonymen Brief
von dieser Richtung, in dem ihm vorgehalten wurde, wie
kann man ein solches Mitglied im „Arb. Arbeiterverei-
n“ dulden (es handelt sich hier um einen christlich organi-
sierten Kollegen, der bei der Lohnkommission war und
mit diesen „Herren“ in Fühlung kam), und so konnten
wir noch manches Schändchen an den Tag bringen. Es
ist geradezu lächerlich, wenn diese „Herren“ in den Tages-

